

Niederschrift Nr. 14 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 13.05.2009
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:20 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Lina

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Grix, Helga
Meinen, Regina
Meyer, Elfriede
Schulze, Kai-Uwe (bis 18:38 Uhr)

CDU-Fraktion

Janßen, Heinz Werner
Orth, Petra

FDP-Fraktion

Fooken, Ralf für Rolf Bolinius (bis 17:57 Uhr)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder

Grix, Wilhelm (bis 18:22 Uhr)
Haarmeyer, Norbert
Hayenga, Klaas
Janssen, Soghra
Steinmeyer, Elke

von der Verwaltung

Tempel, Doris
Decker, Ubbo Dr.
Kromminga, Engelbert
Mansholt, Dieter
Szag, Elisabeth
Schröder, Rolf-Dieter
Schulte, Elke

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 14 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau L. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau L. Meyer bittet darum, den Tagesordnungspunkt 8 vorzuziehen und nach Tagesordnungspunkt 5 zu behandeln.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 25.02.2009

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 25.02.2009 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Zuschuss für die weitere Aufrechterhaltung der Kochstelle im Tagesaufenthalt Emden
Vorlage: 15/1129

Herr Kromminga erläutert ausführlich die Vorlage.

Frau E. Meyer erklärt, ihre Fraktion werde dieser Beschlussvorlage zustimmen. Jedoch sei sie über den Satz „Eine Zuschussgewährung für das nächste Jahr kann aufgrund der prognostizierten Finanzsituation der Stadt Emden nicht in Aussicht gestellt werden.“ ein wenig erstaunt und schlage vor, im nächsten Jahr noch einmal darüber zu beraten.

Auf die Frage von **Frau Meinen** nach der Anzahl der Personen, die dort ihr Mittagessen einnehmen würden, antwortet **Herr Kromminga**, die genauen Zahlen seien ihm im Moment nicht bekannt. Insgesamt sei jedoch eine gute Auslastung des Tagesaufenthaltes festzustellen.

Niederschrift Nr. 14 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Schild erklärt, auch er werde dieser Vorlage zustimmen. Er stellt jedoch fest, dass dieses bedeuten würde, dass es in den nächsten zwei Jahren diese wichtige Stelle nicht mehr geben werde. Seiner Meinung nach leiste der Koch, der selbst aus dem Kreis der Obdachlosen stamme, auch eine wichtige Sozialarbeit und sei Gesprächsvermittler zwischen den Beschäftigten und den Besuchern.

Frau Orth führt aus, die CDU-Fraktion würde ebenfalls gerne dieses Projekt fortführen. Sie schlage vor, dass man sich darüber Gedanken machen sollte, wie die Stelle des Kochs erhalten bleiben könnte.

Herr Graf betont, auch er finde diese Stelle wirklich sehr wichtig. Es gäbe viele Obdachlose, die dort ein Essen einnehmen würden. Der Koch sei sehr aktiv und bereite ein gutes kostengünstiges Essen zu. Es wäre schade, wenn es diese Stelle nicht mehr gäbe, da die Obdachlosen ein solches Essen woanders so kostengünstig nicht bekommen würden.

Frau E. Meyer stellt den Antrag, bei dieser Beschlussvorlage den letzten Satz zu streichen.

Herr Götze ist ebenfalls der Ansicht, dass diese Kochstelle erhalten bleiben müsste, da sie unheimlich wichtig sei. Der Tagesaufenthalt sei ein notwendiger Anlaufpunkt für Leute, die keine Wohnung, keine Versorgung und auch kein Geld hätten. Weiter bemerkt Herr Götze, eigentlich seien diese 21.000 € bereits im Haushalt beschlossen. Er könne nicht nachvollziehen, dass diese Summe hier noch einmal wieder auftauchen würde.

Frau Orth fragt an, ob es noch andere Möglichkeiten für die Obdachlosen gäbe, kostengünstiges Essen zu bekommen.

Frau Tempel erklärt, es gehe hier speziell nicht um irgendeine Kochstelle, sondern um die weitere Beschäftigung von Herrn Guttmann. In der Vergangenheit habe der Synodalverband auch einen Eigenanteil leisten müssen. Wenn jetzt dieser Zuschuss ohne Eigenanteil geleistet würde, werde der Synodalverband besser gestellt als vorher. Weiter erklärt Frau Tempel, der Träger sei in mehreren Gesprächen gebeten worden, Alternativen zu finden. Bislang seien vom Träger jedoch keine Alternativvorschläge unterbreitet worden. .

Auf die Frage von **Herrn Janßen** nach vergleichbaren Lösungen, antwortet **Frau Tempel**, grundsätzlich werde der Tagesaufenthalt als eine gemeinsame Aufgabe zwischen dem Land Niedersachsen und der Kommune angesehen. Eine Rahmenvereinbarung sei im letzten Jahr verabschiedet worden. Diese würde jedoch die Kochstelle nicht vorsehen. Somit handele es sich tatsächlich um eine freiwillige Leistung, die die Stadt Emden gegenüber diesem Personenkreis erbringe.

Frau L. Meyer lässt zunächst über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen, den letzten Satz „Eine Zuschussgewährung für das nächste Jahr kann aufgrund der prognostizierten Finanzsituation der Stadt Emden nicht in Aussicht gestellt werden.“ zu streichen.

| | | |
|--------|---------|-----------------|
| Ja: 10 | Nein: 0 | Enthaltungen: 0 |
|--------|---------|-----------------|

abweichender Beschluss:

Dem Synodalverband Nördliches Ostfriesland wird für die Finanzierung der Kochstelle im Tagesaufenthalt ein freiwilliger Zuschuss für die in der Zeit vom 01.03.09 bis 31.12.09 aufzubringenden Kosten von 24.411,98 € unter Berücksichtigung eines Eigenanteils von 10 v. H. gewährt.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 14 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6 Ergebnis der Personalbedarfsermittlung im Fachbereich 500
Vorlage: 15/1139

Herr Mansholt führt aus, der Rat habe vor zwei Jahren beschlossen, den Personalbedarf der Stadtverwaltung einer Prüfung zu unterziehen. Hierfür seien Mittel in den Haushalt eingesetzt worden. Das Projekt sei so angelegt, dass in jedem Jahr ein anderer Teil der Verwaltung untersucht werde. Da der Fachbereich Gesundheit und Soziales in den letzten Jahren durch die Sozialgesetzgebung großen Änderungen unterworfen worden sei, habe man sich überlegt, hier mit einer Untersuchung zu beginnen. Außerdem habe man sich darauf verständigt, dass die Untersuchung mit einem externen Berater und der Organisationsabteilung der Stadtverwaltung unter externer Führung durchzuführen sei. So könne einerseits internes Know-how in das Projekt einfließen, andererseits das externe Wissen mit Vergleichen aus anderen Kommunen herangezogen werden.

Herr Mansholt stellt anschließend anhand einer PowerPoint-Präsentation die Personalbedarfsmessung im Fachbereich Gesundheit und Soziales vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Götz erklärt, hinsichtlich der ARGE bestehe das Problem, dass nicht bekannt sei, wie es hier weitergehe. Er fragt an, ob bereits Überlegungen hinsichtlich der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern angestellt worden seien.

Herr Mansholt entgegnet, diese Fragen hätte man sich natürlich auch im Untersuchungsprozess gestellt und bereits hausintern und mit dem externen Gutachter diskutiert. Letztendlich habe man jedoch feststellen müssen, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch keine konkreten Aussagen getroffen werden könnten. Falls das Modell der ARGEN scheitern sollte, müsse auch geklärt werden, ob eine räumliche Trennung gesetzlich vorgeschrieben sei. Hinsichtlich der vielen offenen Fragen könne zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch keine Aussage getroffen werden.

Herr Janßen bemerkt, vor Jahren habe eine Firma eine Organisationsuntersuchung durchgeführt. Teilweise seien die Ergebnisse des Gutachtens seiner Meinung nach nicht umgesetzt worden.

Herr Mansholt führt aus, im Jahre 1999 habe die Firma Mummert und Partner den Auftrag erhalten, flächendeckend für die Stadtverwaltung eine Personalbedarfsuntersuchung vorzunehmen. Vor dem Hintergrund einiger sehr schwerer finanzieller Jahre habe die Stadt versucht, die klassischen personalwirtschaftlichen Maßnahmen zu treffen. Dieses habe dann dazu geführt, dass der Mitarbeiterbestand der Verwaltung geringer geworden sei. Allerdings sei dieses in den verschiedenen Organisationseinheiten zufällig geschehen, wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über die Vorruhestandsregelungen nach Hause geschickt worden seien. Das habe dazu geführt, dass einige Fachdienste relativ gut ausgestattet gewesen seien, während andere Teile der Verwaltung richtig ausgeblutet seien. Vor dieser Situation sei damals vom Rat entschieden worden, es werde eine stadtweite Untersuchung benötigt, um gezielt sagen zu können, wie viele Leute benötigt würden. Vor diesem Hintergrund habe die Firma Mummert und Partner diesen Untersuchungsprozess durchgeführt. Die Ergebnisse seien auch in Berichtsform allen Ratsmitgliedern ausgehändigt worden. Die Gutachterfirma habe in der Summe Verschiebungen der Personalmengen vorgeschlagen mit dem Ziel, das Personal zu verringern. Die Verwaltung habe

Niederschrift Nr. 14 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

sich dem gestellt und durch eine mehrjährige qualifizierte Personalbesetzungspolitik sich in diese Gutachterempfehlungen hineingehungert.

Herr Mansholt führt weiter aus, vor einiger Zeit habe die Verwaltung im Finanzausschuss eine Graphik präsentiert, wo die Entwicklung der Stellen von 1995 bis heute dargestellt worden sei. Nach dem Umsetzungsprozess sei nunmehr ein relativ konstanter Personalbestand zu verzeichnen. Da das Gutachten allerdings bereits zehn Jahre alt sei, wolle man nunmehr sehen, ob es neue Erkenntnisse geben würde. Das heutige Ergebnis mache deutlich, ob noch weitere Möglichkeiten verfügbar seien. Doch seien die jetzt festgestellten Veränderungswerte nur marginal, sodass der Personalbestand bestätigt werden könne.

Herr Janßen fragt an, ob die Verringerung des Personals darauf zurückzuführen sei, dass Betriebe ausgelagert worden seien.

Frau Orth stellt fest, in einem Vortrag von Herrn Discus habe sie erfahren, dass die Verwaltung relativ überaltert und ein großer Nachwuchsbedarf vorhanden sei. Sie freue sich, dass es jetzt interne Verschiebungen gäbe. Ihrer Meinung nach dürften auf keinen Fall Mitarbeiter entlassen werden.

Herr Mansholt führt aus, bei der Verringerung des Personalbestandes seien die Personen, die zum zwischenzeitlichen Eigenbetrieb BEE gewechselt seien, natürlich auch mit eingerechnet. Weiter bemerkt Herr Mansholt, in den letzten Jahren habe es nur wenige Neueinstellungen gegeben. Das habe zur Folge, dass das Durchschnittsalter des Personals verhältnismäßig hoch sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Sachstand Rahmenplan Integration
Vorlage: 15/1038/1

Frau Tempel erklärt, wie bereits in der letzten Sitzung angekündigt, wolle die Verwaltung den Ausschuss regelmäßig darüber informieren, wie es bei der Erstellung des Rahmenplanes weitergehe. Am 20. und 21.03.09 habe ein Integrationsworkshop stattgefunden, an dem u. a. Mitglieder des Rates teilgenommen hätten.

Frau Schulte berichtet ausführlich über den Verlauf und die Ergebnisse des Workshops anhand einer PowerPoint-Präsentation. Anschließend stellen die Handlungsfeldsprecher Frau Mejia Gil, Herr Kaufhold, Frau Störk und Herr Schild ihre Ziele vor.

Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau L. Meyer bedankt sich für den Vortrag.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN UND GRUPPEN

TOP 8 Vorstellung des Kultur- und Bildungsverein Barenburg e. V.;
XENOS-Projekt "Gemeinsam die Zukunft gestalten - durch Arbeit und Lernen";
- Antrag der FDP-Fraktion vom 26.02.2009
- Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.04.2009
Vorlage: 15/1138

Frau Ryll bedankt sich zunächst für die Möglichkeit, heute über das XENOS-Projekt „Gemeinsam die Zukunft gestalten“ und über den Kultur- und Bildungsverein Barenburg e. V. zu berichten. Anhand einer PowerPoint-Präsentation stellt sie das Projekt vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Anschließend verliest Frau Ryll eine Erklärung hinsichtlich des Umgangs der Stadtverwaltung mit dem XENOS-Projekt. Diese Stellungnahme ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Frau L. Meyer bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Schild bittet um Klarstellung, wie sich die Finanzierung darstelle.

Frau Tempel erklärt, da sie bei dem Gespräch zwischen Herrn Schabler, Frau Brenger und Frau Ryll nicht anwesend gewesen sei, könne sie nur das sagen, was Herr Schabler ihr mitgeteilt habe. Demnach sei die Aussage, die Kofinanzierung sei gesichert, so von ihm an Frau Ryll nicht erteilt worden. Nachdem Frau Ryll per Email ihren Antrag zurückgezogen habe, sei dieser von der Stadt Emden nicht weiter bearbeitet worden. Sie habe bisher keine Veranlassung gesehen, den Antrag neu aufzugreifen.

Herr Janßen bemerkt, er würde gerne wissen, was die Verwaltung zu den harten Worten von Frau Ryll sage.

Frau Tempel betont, sie könne die Vorwürfe von Frau Ryll nicht nachvollziehen. Der Antrag sei selbst von Frau Ryll als Vorsitzende des Vereins zurückgenommen worden. Auch sei Herr Schabler kein Mitarbeiter der Stadt Emden und könne im Grunde genommen für die Stadt Emden nicht sprechen. Von daher wisse sie nicht, wie diese Aussage zustande gekommen sein sollte.

Herr Graf führt aus, er könne sich erinnern, dass seitens des Ausschusses der Wunsch geäußert worden sei, Frau Ryll sollte sich mit ihrem Antrag im Ausschuss einmal vorstellen, da es hinsichtlich der Unterbringung noch Fragen gegeben habe. Er fragt an, wo jetzt der Verein untergebracht sei. Auch habe er den Eindruck, dass hier gegen Frau Ryll gearbeitet werde. Er könne dieses nicht nachvollziehen, da Frau Ryll sich sehr viel Mühe mit ihrer Arbeit geben würde.

Herr Fooken bedankt sich für den Vortrag. Von Seiten der FDP-Fraktion könne er Frau Ryll zu ihrem ehrenamtlichen Engagement nur beglückwünschen. Weiter bittet er um Auskunft, warum es im Jahre 2005 keine weitere Finanzierung mehr gegeben habe und warum die AWO den Sprachunterricht übernommen habe. Abschließend fragt er an, wer jetzt die Kofinanzierung vornehme.

Niederschrift Nr. 14 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Grix stellt heraus, hier würden zwei Sachen zusammengebracht, die nicht zusammengehörten. Der von der AWO durchgeführte Sprachunterricht habe nichts mit Frau Ryll zu tun. Hier habe es ein Zerwürfnis zwischen Frau Ryll und dem Jugendamt gegeben, welches auch im Jugendhilfeausschuss vorgetragen worden sei. Danach sei der Arbeiterwohlfahrt bzw. auch anderen Vereinen, die in der Jugendarbeit tätig seien, angeboten worden, den Sprachunterricht zu übernehmen. Das habe nichts mit Konkurrenz zu tun.

Auch verwehre er sich dagegen, dass von einigen Leuten behauptet werde, er habe in einer Ausschuss-Sitzung gesagt, der Verein sei nur ein Teetrinkerverein. Er habe bei der Beratung dieses Tagesordnungspunktes das Projekt als ganzes befürwortet und darum gebeten, dass Frau Ryll einige Passagen im Ausschuss etwas genauer erklären möge. Ihr sei diese Gelegenheit gegeben worden. Darauf sei von der Verwaltung vorgetragen worden, dass Frau Ryll den Antrag zurückgezogen habe. Somit sei die Behandlung des Antrages nicht mehr gegeben gewesen.

Weiter führt Herr Grix aus, es handele sich hier um ein gutes Projekt. Doch sei seiner Meinung nach die Herangehensweise nicht ganz so korrekt gewesen, wie sie es hätte sein sollen. Warum das so geschehen sei, könne er zwar nicht beurteilen. Er wisse aber, dass Frau Tempel die Sache vorbereitet und hier korrekt vorgetragen habe. Die Aussage von Herrn Schabler, der kein Mitarbeiter der Stadt Emden sei, sei nicht verbindlich. Wenn er aber nun erkläre, er habe sich so nicht geäußert, dann sei dieses schon ein bisschen merkwürdig. Keinesfalls habe aber Frau Ryll hier die Schuld, die sich bemühe, das Projekt umzusetzen.

Herr Grix bemerkt, zu dem damaligen Vortrag habe er einige Frage zur Nachhaltigkeit des Projekts gehabt. Doch es mache wenig Sinn, jetzt zu spekulieren. Man müsse nach vorne sehen und versuchen, dieses Vorgehen so weit wie möglich zu unterstützen. Von seiner Seite könne er eine gute Zusammenarbeit mit Frau Ryll bescheinigen und dass wolle man auch beibehalten. Seiner Ansicht nach müssten zum Wohle dieses Stadtteils so viele Aktivitäten wie möglich entwickelt werden. Doch auch in anderen Stadtteilen sei es notwendig, Projekte zu entwickeln.

Frau E. Meyer bedankt sich bei Frau Ryll für den Vortrag. Auch sie halte dieses für ein gutes Projekt. Doch wie Herr Grix bereits sagte, sei der Antrag damals zurückgezogen worden.

Herr Schild erklärt, der Verein habe heute die Möglichkeit gehabt, das Projekt und sich vorzustellen. Da es ein gutes Projekt sei, sollte man auch positiv dort herangehen. Seine Fraktion habe die Menschen, die dort mitarbeiten würden, kennengelernt. In diesem Zusammenhang weist Herr Schild auf den Workshop Integration hin, der vor einigen Wochen stattgefunden und sich auch mit diesem Thema befasst habe. Abschließend fragt er an, ob der Verein als freier Träger anerkannt sei und ob es eine Unterstützung für den Verein geben würde. Vorwürfe würden hier seiner Meinung nach niemanden weiterbringen.

Frau Ryll erklärt, sie sei sehr erleichtert und bedanke sich. Wie sie heute geschildert habe, sei eine Kofinanzierung seitens der Stadt Emden aus zeitlichen Gründen nicht zustande gekommen. Sie bittet um Verständnis, dass sie darüber keine Auskunft geben wolle, wer die Kofinanzierung dieses Projektes nunmehr übernommen habe. Das Projekt werde in einziger Verantwortung durch den Kultur- und Bildungsverein Internationales Barenburg gewährleistet, der auch einziger Träger sei. Die Stadt sei finanziell in keiner Weise an dem Projekt beteiligt. Es könnten sich jedoch im Laufe des Projektes natürlich noch Querverbindungen ergeben. Wenn sich die Zusammenarbeit so weiter entwickle wie im Workshop, dann werde man gut zusammenarbeiten können.

Niederschrift Nr. 14 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Fooken bedankt sich bei Herrn Grix für die Aufklärung. Seines Erachtens scheine diese Angelegenheit ein kommunikatives Problem zu sein, sodass sich anbieten würde, dass sich alle Beteiligten einmal an einen Tisch setzen würden.

Herr Grix begrüßt diesen Vorschlag. Er gibt jedoch zu Bedenken, dass der Ausschuss keine Absichtserklärung geben könne, wenn zusätzliche Haushaltsmittel notwendig seien. Hier behalte sich der Oberbürgermeister vor, die Entscheidung endgültig zu machen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

1. Zuschuss für die Migrationsberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt

Frau Tempel führt aus, die SPD-Fraktion habe am 08.04.09 angefragt, ob der Zuschuss für die Migrationsberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt in diesem Jahr wieder gewährt werde. Da die Migrationsberatungsstelle regelmäßig einen Zuschuss erhalte und auch dieser bereits von der AWO beantragt worden sei, werde auch in diesem Jahr ein Zuschuss gewährt.

2. Beirat für die ARGE

Frau Tempel erklärt, die Diskussion um das Thema „Beirat bei der ARGE“ sei in den letzten Sitzungen sehr hochgeschlagen. Es hätten auch noch einige Gespräche zwischen Herrn Lutz, Herrn Sievers von der Agentur für Arbeit und anderen Beteiligten stattgefunden. Man habe eine Einigung erzielt, obwohl die ARGE voraussichtlich nur noch befristet bis Ende des Jahres 2010 bestehen bleiben werde. Dennoch wolle man an die Gründung eines Beirates herangehen. Dieses setze voraus, dass der mit der Bundesagentur geschlossene Vertrag geändert werde. Aufgrund der Kürze der Zeit sei es leider nicht möglich, diese Vertragsänderung im Fachausschuss einzubringen. Herr Lutz bitte daher um die Zustimmung, dass diese Vorlage direkt im Verwaltungsausschuss behandelt werden könne, um sie dann in der nächsten Ratssitzung zu beschließen.

Frau L. Meyer fragt, ob der Ausschuss mit dem Vorschlag von Frau Tempel einverstanden sei.

Herr Graf führt aus, er habe die Bundesagentur in Nürnberg angeschrieben, weil sich hier in Sachen Beirat von der Verwaltung nichts getan habe. Auch musste er feststellen, dass zwischen den Aussagen von Herrn Lutz und dem Schreiben der Bundesagentur doch erhebliche Widersprüche aufgetreten seien. Die Gründung des Beirates sei bereits im letzten Jahr vom Rat beschlossen worden, sodass die Umsetzung recht lange dauern würde. Doch sollte auch darüber nachgedacht werden, ob die Vorgaben dem Sozialgesetzbuch entsprechen würden.

Herr Götze bemerkt, er sei bei dem Gespräch anwesend gewesen. Man habe sich darauf geeinigt, dass der Beirat aus zwei Arbeitgebervertretern, zwei Arbeitnehmervertretern und zwei Vertretern der Politik bestehen sollte. Welche Parteien dieses sein sollten, müsse noch festgelegt werden. Herr Lutz werde alles Weitere veranlassen. Seiner Meinung nach sei dieses ein guter Kompromiss.

Herr Graf betont, es würde ein Ratsbeschluss vorliegen, an den man sich auch halten sollte. Er könnte aber nicht verstehen, warum eine Partei die CDU im Beirat vertreten sein sollte, da sie gerade in solchen Fragen nicht diskutieren könne. Auch sei seinerzeit mit der Gewerkschaft beraten worden, die Parteien im Grunde genommen außen vor zu lassen.

Niederschrift Nr. 14 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau L. Meyer fragt Herrn Graf, ob er gegen den Vorschlag von Frau Tempel sei, die Vorlage gleich im Verwaltungsausschuss beraten zu lassen.

Diese Frage wird von **Herrn Graf** bejaht.

Frau Tempel erklärt, die Nachfrage von Herrn Lutz beinhalte, ob diese Vorlage noch im Fachausschuss beraten werden sollte. Dadurch würde sich der ganze Prozess verzögern, da die nächste Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales erst für das zweite Halbjahr geplant sei. Somit könne der Beirat nicht noch vor den Sommerferien gebildet werden. Der Vorschlag von Herrn Lutz sei, die Vorlage direkt in den Verwaltungsausschuss zu geben und dann in der Ratssitzung am 11.06.2009 beschließen zu lassen.

Frau E. Meyer erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Eine ausführliche Beratung könne dann im Verwaltungsausschuss stattfinden.

Frau L. Meyer stellt fest, der Ausschuss folge somit dem Vorschlag von Herrn Lutz.

TOP 10 Anfragen

1. Schweinegrippe

Frau Orth erkundigt sich, ob auch die Stadt Emden auf den Schweinegrippevirus vorbereitet sei.

Herr Dr. Decker entgegnet, wie sicherlich bekannt sei, sei die Aufregung hinsichtlich der Gefährlichkeit des Virus nicht mehr angebracht. Bei dem Schweinegrippevirus handele es sich um einen Virus, der in seinen Auswirkungen mit anderen Grippenviren vergleichbar sei. Für die Stadt Emden sei dieses jedoch eine gute Übung für den Fall, dass wirklich einmal ein gefährlicher Virus komme, was durchaus möglich sei. Anhand dieser Übung sei festgestellt worden, dass man ziemlich gut vorbereitet sei. Bezüglich des Impfstoffes erklärt Herr Dr. Decker, es werde für die Bevölkerung eines Bundeslandes ein gewisser Anteil an Medikamenten angeschafft, in die Apotheken eingespeist und über die Hausärzte verschrieben. Erst wenn ein Grippeimpfstoff speziell gegen so einen Virus hergestellt sei und eine Massenimpfung erfolgen solle, sei geplant, dieses über das öffentliche Gesundheitswesen zu tun. Ansonsten habe das Gesundheitsamt bisher sehr viel informiert und zahlreiche Fragen beantwortet.

Weiter erklärt Herr Dr. Decker, auch werde nunmehr von allen Schiffen eine Seegesundheitserklärung verlangt, die mindestens zwölf Stunden vor dem Einlaufen des Schiffes vorhanden sein müsse. Ebenfalls seien die Betriebe angehalten worden, einen eigenen Pandemieplan zu entwickeln. Auch die Stadtverwaltung sei ein solcher Betrieb und müsse einerseits seine Mitarbeiter schützen und andererseits die Verwaltung im Krisenfall aufrechterhalten.

2. Röntgengerät

Die Frage von **Frau L. Meyer**, ob das Röntgengerät bereits bestellt sei, wird von **Herrn Dr. Decker** bejaht.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.